

Januar 2015

Europa am Scheideweg

Angesichts der dramatischen Ereignisse von Paris stehen die europäischen Regierungen an einem Scheideweg, und dieses Mal kann es sich niemand mehr erlauben, diesen Umstand zu ignorieren: Im Zentrum der großen, Einheit signalisierenden Demonstrationen vom 10. Januar stand das gemeinsame Gefühl der Bedrohung der Werte der demokratischen Zivilisation, die das Erbe unseres Kontinents darstellt; entweder wird es gelingen, dieses Gefühl in eine politische Antwort umzuwandeln, mit der der Herausforderung begegnet werden kann, oder man flüchtet sich nach einer – rein rhetorischen – Würdigung der Bedeutung der geistigen Errungenschaften Europas wieder einmal in die überkommenen nationalen Mythen und dekretiert somit den endgültigen Untergang dieser Errungenschaften und unserer Zivilisation.

Die Welt erlebt derzeit einen schweren Angriff auf die Demokratie und die Werte der politischen und gesellschaftlichen Freiheit. Autokratische und autoritäre Regierungsmodelle sind nunmehr der Bezugspunkt, sie bilden die Alternative zum liberaldemokratischen westlichen Modell, das als unfähig gilt, die politische Klasse auszuwählen, langfristige Konzepte zu entwerfen, fristgerecht und nach bestimmten Verfahren Entscheidungen zu treffen und das Leistungsprinzip zu fördern. Die weltweiten Unruhen bilden den Nährboden für Ideologien, die den Kampf um die Kontrolle strategisch wichtiger Gebiete in Religionskriege verwandeln, die in der gesellschaftlichen und sozialen Rückwärtsgewandtheit großer Gebiete des Planeten ihren Ursprung haben. Auf dem Spiel steht das Modell des gesellschaftlichen und sozialen Zusammenlebens innerhalb der Staaten und zwischen den Völkern. Die Werte der europäischen Zivilisation können nur dann Fuß fassen und dem Aufmarsch der dunklen, fortschrittsfeindlichen Mächte entgegentreten, wenn politisch gefestigte Regierungsstrukturen diesen Werten Halt verleihen und somit Freiheit und Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Fortschritt, Solidarität und Integration sich behaupten und Hand in Hand gehen können; andernfalls werden diese Werte untergehen.

Wie können die Europäer nur hoffen, diesen Kampf mit den stumpfen Waffen des Nationalstaates zu gewinnen, der bereits durch zwei Weltkriege sowie den Faschismus und den Nazismus den Niedergang Europas verursacht hat? Wie können sie nur glauben, dass es genügen würde, mit den Institutionen der Europäischen Union zu "jonglieren", um die Zusammenarbeit und die Abstimmung zwischen den Staaten ein klein wenig zu verbessern oder schließlich sogar einige Kompetenzen und Kontrollbefugnisse wieder auf die nationale Ebene zu verlagern? Genügen nicht das Scheitern auf wirtschaftlicher Ebene, die völlige Ohnmacht im außenpolitischen Bereich, der Rückstand auf dem Gebiet der Forschung, das Misstrauen der Bürger gegenüber der Politik und die Entfremdung gegenüber den

Institutionen, um der politischen Klasse verständlich zu machen, dass die Aufgabe darin besteht, tatsächlich die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen?

* * *

Was also ist zu tun? Wenn vordringlich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt werden muss und wenn es ebenso notwendig ist, zu einer echten wirtschaftspolitischen Regierung in Europa zu gelangen, womit soll dann am besten begonnen werden?

Dazu gibt es eine ganz klare Aussage von EZB-Präsident Mario Draghi: "Der Erfolg der Währungsunion hängt letztendlich von der Erkenntnis ab, dass eine gemeinsame Währung eine politische Union ist – mit all ihren Konsequenzen" (*Stabilität und Wohlstand in der Währungsunion*, Universität Helsinki, 27. November 2014). Mit dem Vertrag von Maastricht haben die europäischen Staaten beschlossen, die monetäre *Souveränität* zu teilen. Dies war eine ganz bewusste Entscheidung. Es ist kein Zufall, dass gerade die Länder, die der europäischen Einigung äußerst skeptisch gegenüberstehen, diese Entscheidung nicht mitgetragen haben. Nun können allerdings die Staaten, die die gemeinsame Währung eingeführt haben, die Folgen dieser Entscheidung nicht ignorieren.

Die Eurozone ist in der Tat – darauf weisen Wirtschafts- und Politikwissenschaftler sowie Politiker aus nicht-europäischen Ländern einmütig hin – nicht nur blockiert, weil ihr eine Regierung fehlt – "Wäre Europa ein einziger Staat mit einer einzigen glaubwürdigen Regierung, wäre die Antwort (auf die Krise) einfach." (Henrik Enderlein und Jean Pisani-Ferry, *Reformen, Investitionen und Wachstum: Eine Agenda für Frankreich, Deutschland und Europa*, Bericht für Sigmar Gabriel und Emmanuel Macron) –, oder, wie Mario Draghi an anderer Stelle ausführt, weil "die wirtschaftspolitischen Entscheidungen im Euro-Währungsgebiet so eng miteinander verzahnt sind, dass die Souveränität über die Wirtschaftspolitik in letzter Instanz gemeinsam ausgeübt werden müsste. Daher muss die Souveränität auf diesem Gebiet nach meinem Dafürhalten weiter geteilt werden. Dies könnte durch den Übergang von einem System gemeinsamer Regeln auf ein System erfolgen, das sich auf gemeinsame Institutionen stützt" (*Rede vor dem finnischen Parlament*, Helsinki, 27. November 2014). Entscheidend ist nun, dass die vordringlich zu schaffende politische Union alle Bereiche umfasst, für die es im nationalen Rahmen keine Lösungen mehr gibt.

Die Europäer zahlen derzeit einen sehr hohen Preis dafür, dass die Staaten sich weigern, eine europäische Regierung mit wirklicher Machtbefugnis einzusetzen, und die politische Souveränität keinesfalls abtreten wollen; stattdessen verwalten sie die Währungsunion weiterhin mittels Koordinierung der verschiedenen nationalen Interessen und im Bemühen um Kompromisse und verlieren somit das Ziel des Gemeinwohls aus den Augen. Fehlender politischer Wille und das Festhalten an der Macht der Nationalstaaten bewirken, dass eine Lösung nicht zustande kommt.

Unterdessen spielt die Zeit gegen die Einheit. Die Krise untergräbt den Konsens über die Schaffung Europas und bereitet dramatischen Alternativen den Weg; die sich abzeichnenden globalen Rahmenbedingungen nehmen einen immer bedrohlicheren Charakter an, wie die Attentate zeigen, die in unseren Städten Blutbäder anrichten. Das Problem der Sicherheit und der Teufelskreis der Stagnation sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Instabilität der Regionen in unserer Nachbarschaft

bürdet uns Krisen und Probleme auf, die uns zugrunde richten, wenn wir uneins bleiben; sie geht mit der schrittweisen Regionalisierung der Wirtschaftsräume einher, die mit den immer stärker auseinanderdriftenden geopolitischen Interessen der weltpolitischen Supermächte verquickt ist. Ohne die politische Union wird man *keiner einzigen* inneren und äußeren Herausforderung begegnen können, weder den sozialen und wirtschaftspolitischen noch den Herausforderungen, vor denen eine in Aufruhr befindliche, führungslose Welt steht, die darüber hinaus auf die zweite digitale Revolution zusteuert und sich darauf vorbereitet, sich den brisanten Auswirkungen dieser Revolution zu stellen.

Als europäische Föderalisten können wir auch künftig nur danach trachten, der offenkundigen Tatsache Ausdruck zu verleihen, dass dringend politische Fortschritte im föderalen Sinne erzielt werden müssen, und zu diesem Zweck einen Konsens über dieses Projekt herbeizuführen, der zwar nach wie vor weitverbreitet ist, aber dennoch immer stärker von der Untätigkeit derjenigen korrumpiert wird, die die Macht innehaben und die Kehrtwendung vollziehen könnten. Wir sind einer Meinung nicht nur – worauf bereits hingewiesen wurde – mit Wirtschaftswissenschaftlern und Vertretern der europäischen Institutionen, sondern selbst mit den Exponenten der nationalen Regierungen; so hat Minister Schäuble vor wenigen Wochen auf dem Europäischen Bankenkongress in Frankfurt öffentlich die Auffassung vertreten, dass die Verträge in Europa zumindest für die Euro-Zone dringend geändert werden müssen, weil eine Stärkung der wirtschaftspolitischen Governance unumgänglich ist.

Aber Worte und ein weitverbreiteter Konsens genügen nicht, wenn sie nicht dazu genutzt werden, um die Institutionen zu schaffen, die ein zwangsläufiges und unumkehrbares solidarisches Zusammenleben zwischen den Europäern gewährleisten können. Es muss gehandelt werden – und zwar rasch. Die rechtlichen Instrumente, auf die für die institutionelle Vollendung der Währungsunion im Rahmen der EU zurückzugreifen wäre, sind inzwischen in Dutzenden von Studien analysiert und erläutert worden. Die Gelegenheiten, um den Aufbau der Fiskal – und der Wirtschaftsunion und – gleichzeitig – der politischen Union in die Wege zu leiten, können vielfältiger Natur sein. In zahlreichen Vorschlägen, die auf dem Tisch liegen, wird gefordert, *Ad-hoc*-Fonds für das Euro-Währungsgebiet mit föderalem Charakter einzurichten (etwa für die Schaffung von Instrumenten der sozialen Solidarität) und sie einer demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente zu unterziehen. Einzig und allein der Wille ist erforderlich, um derartige Vorschläge in die Tat umzusetzen. Daher müssen alle diejenigen, die an das Projekt der föderalen politischen Union Europas glauben, ihre Anstrengungen im Hinblick auf *dieses* Ziel bündeln. Der Fehler liegt darin, ständig belanglosen Alternativen nachzuhängen, die die beteiligten Akteure nicht auf das entscheidende Terrain lenken, während die Europäer Gefahr laufen, auf Dauer in der eigenen Ohnmacht zu versinken.

Publius

Unter der Federführung der Europäischen Stiftung Luciano Bolis
Von der Union der Europäischen Föderalisten geförderte Initiative
zur Unterstützung des "Framework for Action for a European Federal Union"

Editrice EDIF, via Villa Glori, 8 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 572 del 4/9/2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 1, LO/PV - Abbonamento annuale € 5
www.dieeuropaeischenbriefe.eu